

**ANTRAG AUF GEWÄHRUNG ÖFFENTLICHER FINANZIERUNGSHILFEN
AN DIE GEWERBLICHE WIRTSCHAFT**

– Industrie, Handwerk und sonstiges Dienstleistungsgewerbe –

Beantragt wird eine Zuwendung i.H.v. TEUR bzw. _____ % Fördersatz

Die Zuwendung soll gewährt werden in Form eines

- Investitionszuschusses i.H.v. TEUR
- Einmalzuschusses i.H.v. TEUR
- Lohnkostenzuschusses i.H.v. TEUR

1. Antragsteller

(Bei **Betriebsaufspaltung** bitte sowohl Besitzgesellschaft als auch Betriebsgesellschaft als Antragsteller eintragen. Bei anderen Fällen des Auseinanderfallens von Investor und Nutzer ist nur der Nutzer Antragsteller im Sinne dieses Antrages.)

	Firma, Rechtsform, Anschrift, Telefon-, Faxnummer
	Name des Bearbeiters sowie Durchwahl

1.1 Investitionsort	Straße	Gemeinde	Landkreis
----------------------------	--------	----------	-----------

1.2 Branche	
--------------------	--

1.3 Eintragung	Handelsregister <input type="checkbox"/>	am	als	IHK-Mitglied <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	Handwerksrolle <input type="checkbox"/>	am	als	HWK-Mitglied <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

1.4 Angaben zu den gesellschaftsrechtlichen Verhältnissen des Betriebs- bzw. und des Besitzunternehmens

Name/Firma		
Namen der Gesellschafter		
Rechtsstellung in der Firma (Einzelinhaber, persönlich haftender Gesellschafter, Kommanditist etc.)		
Ausbildungsgang (erlernter Beruf, Fachprüfung etc.)		
Höhe der Beteiligung in <u>TEUR</u>		

1.5 Kaufmännische Geschäftsleitung		
seit:	seit:	

1.6 Hat das Unternehmen neben der zu fördernden Betriebsstätte noch weitere Betriebsstätten: nein ja

Wenn ja: Standorte und jeweilige Beschäftigte angeben (ggf. auf separatem Blatt)

1.7 Die Betriebsstätte war vor dem Erwerb stillgelegt: nein ja; seit:

Wenn ja: Art und Tätigkeit der Betriebsstätte vor der Übernahme angeben (ggf. auf separatem Blatt)

1.8 Die Betriebsstätte war/ist vor dem Erwerb von Stilllegung bedroht: nein ja

Wenn ja: Begründung sowie Art und Tätigkeit der Betriebsstätte vor der Übernahme angeben (ggf. auf separatem Blatt)

2. Angaben zum Unternehmen und zum Vorhaben

2.1 Beschreibung des Unternehmens (Gründungsdatum, Unternehmensgegenstand, Produktprogramm, Hauptabnehmer – ggf. auf separatem Blatt):

3. Vermögens- und Ertragsverhältnisse:

(auf der Grundlage der letzten drei Jahresabschlüsse und in **TEUR**)

3.1 Bilanzzahlen für	<u>20</u>	<u>20</u>	<u>20</u>
Aktiva			
Anlagevermögen			
Umlaufvermögen			
Rechnungsabgrenzungsposten			
Minuskapital *)			
Summe			
Passiva			
Eigenkapital			
Sonderposten mit Rücklagenanteil			
Rückstellungen, Wertberichtigung			
Langfristige Verbindlichkeiten			
Kurzfristige Verbindlichkeiten			
Summe (= Bilanzsumme)			
3.2 Umsatz- und Ertragslage in	<u>20</u>	<u>20</u>	<u>20</u>
Umsatz			
Exportanteil			
Handelsumsatzanteil			
Jahresüberschuss/-fehlbetrag *)			
Abschreibungen (Afa)			
davon Normalabschreibung der zur fördernden Betriebsstätte			
Sonderabschreibungen u. ä.			
3.3 Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Inhabers bzw. der persönlich haftenden Gesellschafter oder sonstiger Hauptgesellschafter, die nicht aus der Bilanz ersichtlich sind (ggf. ergänzende Angaben auf gesondertem Blatt), in TEUR :			
Inhaber/persönlich haftender Gesellschafter/ Hauptgesellschafter			
<u>Vermögenswerte/Verbindlichkeiten:</u>			
Grundvermögen mit Verkehrswertangaben			
Beteiligungen			
Wertpapiere, Sparguthaben			
Sonstige Vermögenswerte			
Schulden *)			
Summe			

***) ggf. Beträge mit Minus-Zeichen eingeben**

3.4 Sonstige regelmäßige Einkünfte des Personenkreises wie bei 3.3 (z. B. aus Land- und Forstwirtschaft, sonstigem Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit, freiberuflicher Tätigkeit, nichtselbständiger Arbeit (einschließlich Ehegattengehalt, Geschäftsführergehalt), Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, sonstigen Einkünften (Renten u. ä.)) in **TEUR**:

Inhaber/persönlich haftender Gesellschafter/ Hauptgesellschafter			
Art der Einkünfte			

3.5 Bei Einzelfirmen und Personengesellschaften: Privatentnahmen und -einlagen der letzten drei Jahre in **TEUR**
(Wenn Privatentnahmen durch besondere Umstände beeinflusst sind, bitte Erläuterung beifügen):

	<u>20</u>	<u>20</u>	<u>20</u>
Gesamt-Entnahmen			
./. Entnahmen für Steuern *)			
./. Einlagen *)			
Saldo			

3.6 Bei Kapitalgesellschaften: Gehaltsaufwand und sonstige Vergütungen für geschäftsführende Gesellschafter und Gewinnausschüttung (Dividende) in den letzten drei Jahren in **TEUR**

	<u>20</u>	<u>20</u>	<u>20</u>
Gehaltsaufwand			
Sonstige Vergütungen/Gewinnausschüttung			

4. Umsatz und Ertragsvorschau für das laufende und die beiden folgenden Geschäftsjahre in TEUR

	<u>20</u>	<u>20</u>	<u>20</u>
Umsatz (Gesamtunternehmen)			
Jahresüberschuss/-fehlbetrag *)			
+ nicht zahlungswirksame Aufwendungen (z. B. Abschreibungen ohne Sonder-AfA), Einstellung langfristiger Rückstellungen)			
./. nicht zahlungswirksame Erträge *) (z. B. Auflösung langfristiger Rückstellungen)			
= cash flow			

Durchschnittliche Abschreibungsdauer der anzuschaffenden Maschinen und Einrichtungen: _____ Jahre

***) ggf. Beträge mit Minus-Zeichen eingeben**

5. Kapitaldienst für das laufende und die beiden folgenden Geschäftsjahre in TEUR:

5.1 Kapitaldienst für bestehende langfristige Verbindlichkeiten

	20__	20__	20__
Zinsaufwand			
Tilgungsverpflichtungen			
Gesamt			

5.2 Kapitaldienst für neue langfristige Verbindlichkeiten

	20__	20__	20__
Zinsaufwand			
Tilgungsverpflichtungen			
Gesamt			

6. Investitionsplan (ohne MwSt) in TEUR:

	insgesamt	davon		
		20__	20__	20__
Grunderwerb (am _____)				
Bauliche Investitionen				
Maschinen und Einrichtungen				
Sonstige Investitionen:				
Gesamtinvestitionen				

7. Finanzierungsplan in TEUR:

Beantragter Investitionszuschuss	
Regionalkredit der LfA (Zinssatz _____ %, Laufzeit _____ Jahre, davon tilgungsfrei: _____)	
Sonstige öffentliche Mittel (z. B. KfW-Darlehen)	

Hausbankdarlehen	
Eigenmittel	
Gesamtfinanzierung (für Gesamtinvestitionen gem. Ziff. 6).	

8. Sind zusätzliche Betriebsmittel erforderlich?

nein ja, in Höhe von _____ TEUR

9. Arbeitsplätze und Beschäftigte

Wichtiger Hinweis für die Ermittlung der Arbeitsplatzzahlen:

Die Zahl der Arbeitsplätze ist **nicht personenbezogen**, sondern auf der Basis von **Vollzeit-Arbeitsplätzen zu ermitteln**; d. h. Teilzeit-/Aushilfs- oder Saisonarbeitsplätze sind **anteilig zu berücksichtigen**.

- Ein Teilzeitarbeitsplatz wird im Verhältnis der jährlichen Arbeitsstunden zu der Anzahl der Arbeitsstunden eines Vollzeitarbeitsplatzes anteilig berücksichtigt.
- Entsprechend werden Arbeitsplätze für Beschäftigte von Leiharbeitsfirmen oder Arbeitsplätze für geringfügig Beschäftigte und Aushilfskräfte berücksichtigt.
- Saisonarbeitsplätze finden mit ihrer jahresdurchschnittlichen tariflichen oder betriebsüblichen Arbeitszeit als Dauerarbeitsplätze Berücksichtigung, wenn sie nach Art der Betriebsstätte während der Saisonzeit auf Dauer angeboten und besetzt werden.
- Bei Mehrschichtbetrieben ist die Zahl der Dauerarbeitsplätze auf der Basis der jeweiligen Vollzeitarbeitsplätze zu ermitteln.
- Mitarbeitende Eigentümer/Gesellschafter sind zu berücksichtigen.

Beispiel:

2 Beschäftigte mit 50 % der tariflichen oder betriebsüblichen Arbeitszeit und 1 Aushilfskraft mit 15 % der Arbeitszeit ergeben $0,5 + 0,5 + 0,15 = 1,15$ Dauerarbeitsplätze

Entwicklung der Dauerarbeitsplätze von Investitionsbeginn bis Investitionsende

Arbeits- plätze	Vollzeit			Teilzeit			Leih-/Saison- u. sonst. Dauerarb.- pl.			Gesamt (ohne Azubi)			Azubi			Gesamt			
	①			②			③			④=①+②+③			⑤				⑥=④+⑤		
Männer = M Frauen = F Mitarb. diversen Geschlechts = D	M	F	D	M	F	D	M	F	D	M	F	D	M	F	D	M	F	D	
vorhandene (vor Investitions- beginn)																			
zusätzliche (im Rahmen der Investitions- maßnahme)																			
abgebaute *) (im Rahmen der Investitions- maßnahme)																			
= Zahl der Dauer-arb.-pl. nach Abschluss der Maßnahme																			

Weitere Hinweise:

- Dauerarbeitsplätze sind Arbeitsplätze, die von vornherein auf Dauer angelegt sind.
- Dauerarbeitsplätze müssen tatsächlich besetzt oder auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft angeboten werden.
- Zusätzliche Dauerarbeitsplätze müssen nach Abschluss des Fördervorhabens mindestens 5 Jahre tatsächlich besetzt oder zumindest auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft angeboten werden.
- Ausbildungsplätze werden wie Dauerarbeitsplätze bewertet.
- Hat der Antragsteller mehrere Betriebsstätten desselben Gewerbebetriebes in derselben Gemeinde, so ist auf die Gesamtzahl der Dauerarbeitsplätze in allen diesen Betriebsstätten abzustellen.

***) Daten bitte mit Minus-Zeichen eingeben**

Erklärungen

Bei dem antragstellenden Unternehmen, seinen Inhabern, Gesellschaftern oder bei den mit der Leitung einer Betriebsstätte beauftragten Personen oder bei Unternehmen, an denen das antragstellende Unternehmen, seine Inhaber, seine Gesellschafter oder die mit der Leitung einer Betriebsstätte beauftragten Personen beteiligt waren oder maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftsführung ausübten, fanden innerhalb der letzten 10 Jahre keine Zahlungseinstellungen, Wechselproteste, gerichtliche oder außergerichtliche Vergleichsverfahren, Konkurs- bzw. Insolvenzverfahren, Verfahren zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung nach § 807 ZPO, Steuerstrafverfahren oder Gewerbeuntersagungsverfahren statt.

Bitte erläutern, falls einer oder mehrere der genannten Sachverhalte und Tatbestände zutrifft/zutreffen:

Bei anderen öffentlichen Stellen wurden keine weiteren Anträge auf Gewährung von Finanzierungshilfen oder Bürgschaftsanträge gestellt bzw. es ist nicht beabsichtigt, solche zu stellen.

Bitte erläutern, falls Anträge gestellt wurden bzw. beabsichtigt ist, solche zu stellen. Welche Anträge, bei welcher Stelle und in welcher Höhe (TEUR)?

Ich/Wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung (= Datum des Antrageingangs bei der zuständigen Regierung) begonnen zu haben. Unter Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung des Vorhabens zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu verstehen.

Ich/Wir bestätige(n), dass das antragstellende Unternehmen kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Nummer 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom 17. Juni 2014 ist.
(Weitere Informationen: siehe Erläuterungen und Hinweise S. 11)

Ich/Wir erkläre(n), dass gegen das antragstellende Unternehmen keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vorliegt, der ich/wir nicht in voller Höhe Rechnung getragen habe(n).

Das antragstellende Unternehmen ist ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU) i. S. der Empfehlung der Europäischen Kommission vom 6. Mai 2003 (Amtsblatt der EU L124/36 vom 20.05.2003).

Dem/Den Unterzeichner(n) ist bekannt, dass die beantragte Zuwendung eine Subvention im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) ist und dass ein Subventionsbetrug strafbar ist. Die einzelnen Regeln des § 264 StGB sowie der §§ 3,4 Subventionsgesetz (SubvG) sind mir/uns bekannt. Die subventionserheblichen Tatsachen, deren unrichtige oder unvollständige Angabe eine Strafbarkeit wegen Subventionsbetrug nach sich ziehen kann, habe(n) ich/wir zur Kenntnis genommen und ihre Richtigkeit in meinem/unserem Antrag nochmals überprüft. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der im vorliegenden Antrag und in den Anlagen gemachten Angaben wird hiermit versichert. Jede Änderung in den gemachten Angaben ist unverzüglich anzuzeigen.

Subventionserklärung

Der/die Unterzeichner ist/sind **unterrichtet**, dass
die Angaben

- über den Antragsteller und den Zuwendungsempfänger (einschließlich Rechtsform, Beteiligungsverhältnisse, Anzahl der Beschäftigten und Dauerarbeitsplätze, Jahresumsatz und Jahresbilanzsumme),
- zum Subventionszweck und zum Vorhaben,
- zu Kosten und Finanzierung des Projekts, insbesondere auch zu anderen Finanzierungshilfen sowie zu Zuwendungen Dritter,

- in dem Antrag beizufügenden Unterlagen wie Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, verdiente Abschreibungen in den letzten drei Jahren, Haushalts- oder Wirtschaftsplänen, Überleitungsrechnungen, Vermögensverhältnissen und sonstigen Einkünften,
- zur Verwendung der Zuwendung,
- zur Art und Weise der Verwendung der aus der Zuwendung beschafften Gegenstände,
- zum Beginn des Vorhabens,
- zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen, in den Mittelabrufen (also insbesondere, dass die Zuwendung ausschließlich zur Erfüllung des im Bewilligungsbescheids näher bezeichneten Zweckes verwendet und nicht zuwendungsfähige Beträge, Rückforderungen und Rückzahlungen abgesetzt wurden),
- in den Mitteilungen oder Sachberichten über den Projektstand,
- zu den Mitteilungs- und Nachweispflichten nach Nrn. 4 und 5 der dem Zuwendungsbescheid beigefügten Besonderen Nebenbestimmungen für Zuwendungen an die gewerbliche Wirtschaft (BNZW)
- zu Zahlungseinstellungen, Wechselprotesten, gerichtlichen oder außergerichtlichen Vergleichsverfahren, Konkurs- bzw. Insolvenzverfahren, Verfahren zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung nach § 807 ZPO, Steuerstrafverfahren oder Gewerbeuntersagungsverfahren bei der Firma, ihren Inhabern, ihren Gesellschaftern oder bei den mit der Leitung einer Betriebsstätte beauftragten Personen,

für die Gewährung bzw. Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung und somit subventionserheblich im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch sind. Der/Die Unterzeichner ist/sind auf die Bestimmungen des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl I 1976, 2034, 2037) in Verbindung mit Art.1 des Bayer. Gesetzes zur Ausführung und Ergänzung strafrechtlicher Vorschriften (Bayerisches Strafrechtsausführungsgesetz – BayStrAG) vom 13. Dezember 2016 (GVBl 2016, Nr. 19 S. 345) hingewiesen worden.

Der/Die Unterzeichner ist/sind weiterhin entsprechend § 4 des Subventionsgesetzes unterrichtet, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Dem/Den Unterzeichner(n) ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der im vorliegenden Antrag und in den Anlagen gemachten Angaben wird hiermit versichert.

Der/Die Unterzeichner ist/sind verpflichtet, jede Änderung in den gemachten Angaben unverzüglich anzuzeigen.

Mir/Uns ist bekannt, dass aufgrund europäischer Transparenz- bzw. Publizitätspflichten bei bestimmten Beihilfemaßnahmen die Veröffentlichung der Förderdaten gesetzlich vorgesehen ist.

(Weitere Informationen: siehe Erläuterungen und Hinweise S. 12)

Ich/Wir willige(n) auch im Übrigen in eine Veröffentlichung der Förderdaten zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit des StMWi ein. Die Einwilligung ist freiwillig, sie hat auf die Entscheidung über den Antrag keine Auswirkungen und kann jederzeit formlos gegenüber der zuständigen Bewilligungsbehörde widerrufen werden.

Die Dauerhaftigkeitserklärung für den Fall einer EU-Kofinanzierung ist Bestandteil dieses Antrags und ich/wir gebe(n) diese rechtsverbindlich ab.

Dauerhaftigkeitserklärung im Fall einer EU-Kofinanzierung

Im Fall einer Kofinanzierung des Vorhabens aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wird die Beteiligung des EFRE nur dann beibehalten, wenn das Vorhaben innerhalb von fünf Jahren nach dem Abschluss keine wesentlichen Änderungen erfährt (Nachweis der Dauerhaftigkeit gem. Art. 71 VO (EU) Nr. 1303/2013). Der/Die Zuwendungsempfänger(in) hat der Bewilligungsstelle wesentliche Änderungen umgehend zu melden. Der/Die Zuwendungsempfänger(in) verpflichtet sich außerdem zur weiteren Mitwirkung beim Nachweis der Dauerhaftigkeit.

Mir/Uns ist bekannt, dass im Rahmen des Förderverfahrens Prüfungen vor Ort insbesondere durch die zuständige Bewilligungsbehörde, die LfA Förderbank Bayern, deren Beauftragte oder durch eine von ihnen bestimmte Prüfungsgesellschaft, den Bayerischen Obersten Rechnungshof und den Europäischen Rechnungshof (bei EFRE-Projekten) vorgenommen werden können. Etwaige durch die Prüfung entstehenden Mehrkosten beim Antragssteller bzw. Zuwendungsempfänger sind durch diesen zu tragen.

Im Falle einer gewerblichen Verpachtung:

Die unterzeichnete Einverständniserklärung des Verpächters zur gesamtschuldnerischen Haftung, die Bestandteil des Antrages ist, ist beigelegt.

Die Datenschutzhinweise nach Art. 13 ff. der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) finden Sie auf der Internetseite des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) unter <https://www.stmwi.bayern.de/service/foerderprogramme/regionalfoerderung/>.

Als Unterzeichner versichere(n) ich/wir, falls im Rahmen des Förderverfahrens zur ordnungsgemäßen Antragsbearbeitung bzw. Verfahrensabwicklung personenbezogene Daten Dritter bei mir/uns erhoben werden, den betroffenen Dritten die entsprechenden Datenschutzhinweise des Bayer. Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie zur Verfügung zu stellen und diese nach Art. 14 DSGVO darüber zu informieren, dass im Rahmen des Förderverfahrens deren personenbezogene Daten weitergegeben werden.

Ort, Datum

Nutzer
(Betriebsunternehmen/Pächter/Leasingnehmer)
Stempel, Unterschrift(en)

Sofern Investor und Nutzer der Investitionsmaßnahmen nicht identisch sind, sind der Antrag und die Erklärungen auch vom Investor (Besitzunternehmen/Verpächter/Leasinggeber) rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort, Datum

Investor
(Besitzunternehmen/Verpächter/Leasinggeber)
Stempel, Unterschrift(en)

Erläuterungen und Hinweise

Definition „Unternehmen in Schwierigkeiten“

Gemäß Nr. 10.4 der Richtlinie zur Durchführung des bayerischen regionalen Förderprogramms für die gewerbliche Wirtschaft (BRF) werden Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß der Definition in den Unionsvorschriften (in den jeweils geltenden Fassungen) über staatliche Beihilfen im Rahmen dieser Richtlinie nicht gefördert.

Der Begriff „Unternehmen in Schwierigkeiten“ ist in Artikel 2 Nummer 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (zuletzt geändert durch VERORDNUNG (EU) 2021/1237 DER KOMMISSION vom 23. Juli 2021 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) wie folgt definiert:

„Unternehmen in Schwierigkeiten“: Unternehmen, auf das mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft:

- a) Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen, und – in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen – KMU in den sieben Jahren nach ihrem ersten kommerziellen Verkauf, die nach einer Due-Diligence-Prüfung durch den ausgewählten Finanzintermediär für Risikofinanzierungen in Frage kommen): Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ insbesondere auf die in Anhang I der Richtlinie 2013/34/EU (1) genannten Arten von Unternehmen und der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.
- b) Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen, und – in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen – KMU in den sieben Jahren nach ihrem ersten kommerziellen Verkauf, die nach einer Due-Diligence-Prüfung durch den ausgewählten Finanzintermediär für Risikofinanzierungen in Frage kommen): Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften“ insbesondere auf die in Anhang II der Richtlinie 2013/34/EU genannten Arten von Unternehmen.
- c) Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.
- d) Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.
- e) Im Falle eines Unternehmens, das kein KMU ist: In den letzten beiden Jahren
 1. betrug der buchwertbasierte Verschuldungsgrad des Unternehmens mehr als 7,5 und
 2. das anhand des EBITDA berechnete Zinsdeckungsverhältnis des Unternehmens lag unter 1,0

(1) Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates.

Veröffentlichung von Förderdaten

Aufgrund europäischer Transparenz- bzw. Publizitätspflichten ist bei bestimmten Beihilfemaßnahmen die Verpflichtung zur Veröffentlichung der Förderdaten gesetzlich vorgesehen. Der/Die Antragsteller wird/werden hiermit in Kenntnis gesetzt, dass im Fall

- einer Beihilfe (unabhängig von der Quelle der Mittel), sofern die Förderung den Betrag von 500.000 Euro übersteigt, die Förderung in einem (ggf. weiteren) Verzeichnis veröffentlicht wird, das folgende Informationen enthält: Name des Empfängers, Identifikator des Empfängers, Art des Unternehmens (KMU/großes Unternehmen), Region, in der der Beihilfeempfänger seinen Standort hat, Wirtschaftszweig auf Ebene der NACE-Gruppe, Höhe der Beihilfe, Beihilfeinstrument (z. B. Zuschuss oder Zinszuschuss), Tag der Gewährung, Ziel der Beihilfe, Bewilligungsbehörde (Art. 9 i.V.m Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (AGVO)).
- einer (Ko-)Finanzierung des Vorhabens aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) die Förderung grundsätzlich veröffentlicht wird. Die EFRE-Verwaltungsbehörde ist nach Art. 115 Abs. 2 in Verbindung mit Anhang XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 verpflichtet, alle sechs Monate eine Liste der geförderten Vorhaben zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung erfolgt auf der von der Verwaltungsbehörde betriebenen Internetseite www.efre-bayern.de.

Die Liste der Vorhaben enthält folgende Informationen:

- Name des Begünstigten
- Bezeichnung des Vorhabens
- Zusammenfassung des Vorhabens
- Datum des Beginns des Vorhabens
- Datum des Endes des Vorhabens
(voraussichtliches Datum des Abschlusses der konkreten Arbeiten oder der vollständigen Durchführung des Vorhabens)
- Gesamtbetrag der förderfähigen Ausgaben des Vorhabens
- Unions-Kofinanzierungssatz pro Prioritätsachse
- Durchführungsort
- Land
- Interventionskategorie
(Interventionsbereich, Finanzierungsform, Art des Gebiets, Territoriale Umsetzungsmechanismen, Thematisches Ziel)
- Datum der letzten Aktualisierung der Liste der Vorhaben

Name des Begünstigten ist der Name der jeweiligen Organisation, bei Kaufleuten die Firma. Namen von Ansprechpartnern der geförderten Organisation oder andere personenbezogene Daten werden nicht veröffentlicht.

Bei **Kaufleuten und Organisationen** besteht kraft EU-rechtlicher Vorgabe eine Veröffentlichungspflicht. Dies gilt in jedem Fall für alle im Handelsregister eingetragenen Einzelunternehmen und Gesellschaften.

Ergänzende Hinweise zu Antragstellung und Anlagen

Für eine wirksame Antragseinreichung ist ein vollständig ausgefülltes Antragsformular grundsätzlich ausreichend.

Für die Antragsprüfung und Förderentscheidung sind die nachfolgend aufgeführten Unterlagen erforderlich. Diese sind möglichst bereits mit dem Antragsformular einzureichen. Im Einzelfall können Unterlagen zu einem späteren Zeitpunkt auf dem Postweg/elektronisch nachgereicht werden.

1. Finanzierungsbestätigung der Hausbank
2. Vollständige Jahresabschlussberichte (Bilanz, GuV, Anhang, evtl. Lagebericht) bzw. Einnahmen-Überschussrechnungen der letzten drei Geschäftsjahre
3. Detaillierte Kostenzusammenstellung (netto)
4. Unterlagen über die Rechtsverhältnisse und Weiteres zur Unternehmensstruktur (z. B. Gesellschaftsvertrag, Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug)
5. KMU-Erklärung und – bei komplexen Unternehmensverbänden sowie bei Konzernen und verbundenen Unternehmen – gesonderte Darstellung der Beteiligungsverhältnisse des antragstellenden Unternehmens, seiner Partner- und verbundenen Unternehmen bspw. anhand eines Schaubildes
6. Ggf. bei Unternehmensübernahme: Entwurf notarieller Kaufvertrag, Übernahmevertrag etc.
7. Haus-/Unternehmensprospekt, Ortsprospekt (soweit vorhanden)
8. Bei baulichen Vorhaben: Planunterlagen (einschl. Lageplan) bzw. ggf. Baugenehmigung
9. Bei Pachtbetrieben: (Entwurf des) Pachtvertrage(s) und – sofern erforderlich – die Zustimmung des Verpächters bzw. sonstige privatrechtliche Berechtigung zur Durchführung des Vorhabens
10. Bei weiteren öffentlichen Finanzierungshilfen: z. B. Darlehens- bzw. Bürgschaftsofferten
11. Bei Förderung im Rahmen des Sonderprogramms „Energieeffizienz und Erneuerbare Energien in Unternehmen“: Energieeffizienzbestätigung
12. Bei Förderung im Rahmen des Sonderprogramms „Transformation @ Bayern“: Bestätigung Erfüllte Transformations- und Digitalisierungs-Kriterien

Im begründeten Einzelfall kann zur Verfahrensbeschleunigung eine Erklärung vorgelegt werden, dass Ihr Steuerberater bzw. Ihre Hausbank etc. befugt sind, uns Ihre Daten direkt zu übermitteln bzw. direkt mit uns über etwaige offene Fragen zu kommunizieren, soweit dies für das Antragsverfahren erforderlich ist. Eine solche Erklärung sollten Sie parallel Ihrem Steuerberater bzw. Ihrer Hausbank etc. zukommen lassen, um Missverständnisse zu vermeiden.